

Wir sind alle Griech*innen, das Problem heißt Kapitalismus

2 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Dithmarschen möge beschließen:

3 „Die Griech*innen kriegen keinen Cent von uns!“ „Die Griech*innen sind doch selbst schuld
4 an ihrer Krise“ „Die Griech*innen sollen erst mal ihre Inseln verkaufen!“ So oder so ähnlich
5 schallte es uns in letzter Zeit aus der bürgerlichen Presse entgegen.

6 Fakt ist und bleibt die Griech*innen leben nicht in Saus und Braus wie es uns die Medien
7 suggerieren wollen. Jeder fünfte ist von Armut bedroht, das monatliche
8 Durchschnittseinkommen liegt, dank der „hohen Löhne“, bei durchschnittlich 803 Euro
9 Brutto monatlich.

10 Tatsache ist: Die „faulen Griechen“ arbeiten 42 Stunden pro Woche im Schnitt und liegen
11 damit zwei Stunden über dem Durchschnitt der Eurozone.

12 Bemerkenswert ist: Ein Drittel der Griech*innen hat keine Sozialversicherung. Die „Luxus-
13 Renten“ liegen bei 55 % des Durchschnitts der Eurozone. Die „schmarotzenden Rentner“
14 gehen im Durchschnitt mit 62,4 Jahren in Rente, in Deutschland mit 62,1. Die Gehälter im
15 Öffentlichen Dienst sind seit 1990 um 30 % gekürzt worden. Das Preisniveau jedoch ist
16 vergleichbar mit dem in Deutschland.

17 **Griechenland ist kein sozialistisches Musterland, wo der Müßiggang regiert, sondern**
18 **das Armenhaus Europas!**

19 Wir haben uns entschlossen diese Resolution zu schreiben um der unsachlichen, verzerrenden
20 und oftmals einfach grotesk falschen und ideologischen öffentlichen Berichterstattung zum
21 Thema Griechenland eine klare jungsozialistische Analyse entgegenzustellen.

22 **Griechenland als gesunde Ökonomie**

23 Schaut man sich die Wirtschaftsentwicklung Griechenlands der letzten Jahre nüchtern an
24 findet sich keine schlüssige Erklärung für das hysterische Verhalten viele politischer
25 EntscheidungsträgerInnen. Das BIP-Wachstum Griechenlands war überdurchschnittlich hoch,
26 Griechenland ist im Vergleich zu anderen Ländern Europas vergleichsweise glimpflich aus
27 der Wirtschaftskrise gekommen, während z.B. vergleichbar betroffene Ökonomien in
28 Osteuropa wie Ungarn und Rumänien ihre Souveränität über ihre Staatsfinanzen fast komplett
29 dem IWF überlassen mussten.

30 Griechenland hatte zwar die letzten Jahre Probleme die den europäischen Stabilitäts- und
31 Wachstumspakt mit seinem Defizit-Limit von 3 Prozent einzuhalten, doch belegen die Jahre
32 2006 und 2007 mit einem Wachstum von jeweils 4,5 Prozent und einer insgesamt sinkenden
33 Schuldenquote (Schulden im Vergleich zum BIP), dass defizitfinanziertes Wachstum in der
34 ökonomisch schwächeren Peripherie Europas durchaus erfolgreich sein kann.

35 Griechenland ist in diesem Fall Opfer der einheitlichen europäischen Defizitgrenze die
36 keynesianische Wirtschaftspolitik und schwächere Ökonomien bewusst bestraft. In diesem
37 Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass gerade auf Grund des deutschen Einflusses
38 eine einheitliche Defizitgrenze festgelegt wurde. Es ist fraglich ob es sich hierbei lediglich um
39 neoliberale Ideologie handelte oder ob es konkret darum ging Wirtschaftsinteressen deutscher
40 Unternehmen in Europa durchzusetzen.

41 Auch die Behauptung Griechenland würde „über seine Verhältnisse“ leben lässt sich nicht
42 belegen. Die Staatsquote (die Summe der Staatsausgaben inklusive Sozialsystemen bezogen
43 auf das BIP) ist seit 1990 bis zur Krise weitgehend konstant geblieben. Wenn der griechische
44 Staatshaushalt also eine strukturelle Schiefelage haben sollte dann liegt das Problem nicht auf
45 der Ausgabenseite, sondern bei den Einnahmen.

46 Griechenlands von 95 Prozent auf mittlerweile ca. 130 Prozent des BIP gestiegene
47 Verschuldung ist nicht der Hauptgrund der gegenwärtigen Krise. Hohe Schulden sind für
48 entwickelte Nation per se kein Problem so kann Japan z.B. mit einer Schuldenquote von 200
49 Prozent des BIP problemlos Kredite bekommen.

50 Im Zweifelsfall haben Länder wie Japan und die USA, die sicherlich niemand als
51 sozialdemokratisierte Musterländer bezeichnen würde, auch die Möglichkeit sich direkt über
52 ihre Zentralbank zu refinanzieren und sich damit vor spekulativen Angriffen auf ihre
53 Währung oder Wetten auf ihren Staatsbankrott zu schützen, und sichern sich durch diese
54 Praxis außerdem eine geringere Zinslast.

55 In Europa hingegen hat sich die ideologische Borniertheit durchgesetzt und es können sich
56 lediglich Privatbanken kostengünstig bei der EZB refinanzieren. Angeschlagenen Staaten
57 wird dies weiterhin mit Hinblick auf die Währungsstabilität verwehrt. Dieser Grund ist jedoch
58 höchst ideologisch begründet und hat sich nach der Krise als deutlicher Hemmschuh für eine
59 effektive und nachhaltige Krisenbewältigung erwiesen.

60 Schließlich war eine europäische Inflation während oder nach der Wirtschaftskrise empirisch
61 trotz vieler staatlicher Konjunkturpakete nicht vorhanden. In Deutschland war die Inflation
62 gar so gering das viel eher die Angst vor einem Umschlagen in eine Deflation angebracht
63 gewesen wäre.

64 **Wie die Krise über Griechenland kam**

65 Griechenlands Krise hat eine lange Vorgeschichte. Griechenland hat als eigentlich gesunde
66 aber dennoch im Vergleich zu Deutschland unterentwickelte Ökonomie Probleme seine Güter
67 zu verkaufen während ausländische Produkte im Vergleich zu einheimischen günstiger sind
68 und dementsprechend nachgefragt werden. Deswegen fließt beständig Kapital aus
69 Griechenland und eine negative Handelsbilanz von 30 Milliarden Euro im Jahre 2009 war die
70 Folge. Die jährlichen Defizite konnten nur durch Schulden finanziert werden von denen ca. 60
71 Prozent auf deutsche, französische und schweizerische Banken entfallen.

72 Dann kam die Finanzkrise und die Finanziers der Staatsschulden zweifelten daran, dass
73 Griechenland die Schulden bedienen könnte. Griechenland musste immer höhere
74 Risikoaufschläge an Zinsen auf seine Staatsschuld zahlen, was Griechenland in einen
75 Teufelskreise führte. Private Ratingagenturen werteten die Bonität Griechenlands weiter
76 hinab, und verstärkten diesen Prozess zum Teil unverantwortlich.

77 Griechenland konnte im Angesicht der Krise jedoch nicht das bewährte Konzept der
78 Währungsabwertung nutzen, denn im Gegensatz zu z.B. osteuropäischen Ländern kann
79 Griechenland nicht einfach seine Währung abwerten um seine Produkte günstiger zu machen,
80 denn Griechenland ist Mitglied der Euro-Zone und somit abhängig von 16 anderen Ländern.
81 Hier zeigt sich auch der große Fehler der EU: Man legt einheitliche Standards für einen
82 Wirtschafts- und Währungsraum fest der komplett unterschiedliche nationale Ökonomien in
83 ein strenges einheitliches Konzept presst.

84 Griechenland musste deswegen neue Staatsschulden mit einem Prozentsatz von bis zu 5
85 Prozent bezahlen. Dies wäre an sich nur die marktkonforme „Strafe“ für ausufernde
86 Haushaltspolitik. Ob man dieses Urteil jedoch den privaten Rating-Agenturen, und damit der
87 demokratischen Kontrolle entzogenen Institutionen, überlassen sollte ist jedenfalls uns Jusos
88 mehr als fraglich. Denn wie eben schon geschildert war die griechische Wirtschaftspolitik bis
89 zur Krise überdurchschnittlich erfolgreich, und gerade deutsche Exporteure profitierten
90 enorm. In diesem Zusammenhang wäre unserer Meinung nach eine gesamteuropäische
91 seriöse, weil privatwirtschaftlichen Interessen entzogene, Ratingagentur zu bejahren.
92 Ansonsten wäre diesen Brandbeschleunigern des Turbokapitalismus nur durch ein Verbot
93 beizukommen.

94 **Ein Exempel statuieren: Griechenland als Sündenbock**

95 Wir Jusos fragen uns warum ausgerechnet Griechenland ein Kürzungsprogramm ohne
96 gleichen verordnet bekommt, während andere Länder wie z.B. Belgien und Italien mit einer
97 ähnlich hohen Verschuldung (bezogen auf BIP) nicht „bestraft“ werden. In diesem
98 Zusammenhang ist auch erwähnenswert das der Referenzwert des Maastricht Vertrages zur
99 Verschuldung (60% des BIP) von derzeit von fast keinem europäischen Land erreicht wird
100 und stillschweigend ad acta gelegt worden ist.

101 Während bei der irischen Krise die EZB 15 Prozent ihrer Mittel Ausgab um den irischen
102 „notleidenden Banken“ und deren (vor allem deutschen) Anleger*innen zu helfen, obwohl
103 Irland nur ein Prozent zum europäischen BIP beiträgt, heißt die Devise bei Griechenland
104 anscheinend Druck statt Hilfe. Besonders zynisch ist es, dass direkt nach der europäischen
105 Hilfe für Irland das Referendum über den Lissabon-Vertrag war, welches schließlich
106 angenommen wurde. Uns scheint, dass hier mit unterschiedlichem Maß gemessen wurde und
107 politisches Kalkül im Vordergrund stand.

108 Das Opfern des Sündenbocks Griechenland in der Öffentlichkeit hat die Funktion, nichts
109 Grundlegendes am kapitalistischen System ändern zu müssen, sondern die bedrohte Ordnung
110 zumindest ideologisch wieder herzustellen.

111 Es soll die Tatsache verschleiert werden das nicht die Griech*innen über ihre Verhältnisse
112 gelebt haben sondern die Investmentbanker*innen mit Milliardenboni, die gut betuchten
113 Aktionär*innen systemrelevanter Banken und die Spekulant*innen die auf Staatsbankrotte
114 spekulieren. Wir Jusos stellen fest wir alle sind Griech*innen, denn wir sichern alle die
115 Profite der Zockerinnen und Zocker, und wir müssen die Krisensuppe im Endeffekt allein
116 auslöffeln.

117 Die Vorschläge bekannter Ökonom*innen Griechenland müsse sich jetzt „gesund sparen“
118 können wir Jusos nur entschieden zurückweisen. Die Vorschläge sind Empfehlungen aus der
119 Mottenkiste des Neoliberalismus, und lesen sich wie das FDP-Wahlprogramm. Gefordert
120 wird unter anderem die Senkung der Gehälter und Löhne aller Arbeitenden, mehr Flexibilität
121 auf dem Arbeitsmarkt, eine Änderung (im Zweifel heißt das Privatisierung) des Renten- und
122 Gesundheitssystems, die Privatisierung der Stromnetze und der Eisenbahn, höhere
123 Verbrauchssteuern, Kürzung der Renten und längere Lebensarbeitszeit durch Erhöhung des
124 Renteneintrittsalters.

125 Griechenland sollte unserer Meinung nach die Schattenwirtschaft und Korruption bekämpfen
126 (die Schattenwirtschaft macht ca. 1/3 der gesamten Wertschöpfung aus), doch wissen wir

127 auch, dass allein an Korruption und Schattenwirtschaft noch keine Volkswirtschaft kaputt
128 gegangen ist, auch wenn die bürgerliche Presse das Problem oft darauf reduziert.

129 Vielmehr gibt es ein generelles europäisches Problem der Steuergerechtigkeit. Die Schere
130 zwischen Arm und Reich ging und geht nicht nur nicht nur in Deutschland (und leider auch
131 unter einer rot-grünen Bundesregierung) sondern auch in Griechenland weiterhin massiv
132 auseinander.

133 Griechenland bezieht nur 7,5 Prozent seiner Steuereinnahmen aus Einkommens- und
134 Gewinnsteuern (der OECD-Durchschnitt beträgt 12 Prozent). Selbstständige und Vermögende
135 tragen fast nichts zu den Staatsfinanzen bei während schätzungsweise 16 Mrd.
136 Privatvermögen griechischer Vermögenden in der Schweiz lagern. Die Vermögenssteuer lag
137 zuletzt bei 16%, während der Durchschnitt in der EU bei 30% liegt. Außerdem gehen jährlich
138 30 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren.

139 Wir als Sozialdemokrat*innen müssen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass es
140 die Vermögenden, nicht nur in Griechenland, sondern in ganz Europa, sind die von der Armut
141 des Staates am meisten profitieren, denn der Staat muss sich bei ihnen (über Staatsanleihen)
142 Geld leihen und bei steigender Verschuldung immer mehr Zinsen zahlen. Für die
143 Staatseinnahmen muss jedoch die große Mehrheit der einfachen Bevölkerung gerade stehen.

144 Die Sparvorschläge liberaler Parteien für die Haushaltsausgaben überall in Europa sind ohne
145 über Einnahmeerhöhungen, wie z.B. eine Vermögenssteuer nachzudenken, unrealistisch und
146 unsozial ohnegleichen. Solcher liberaler Klientelpolitik müssen sich die europäischen
147 Sozialdemokrat*innen, und insbesondere die oppositionelle deutsche Sozialdemokratie, auf
148 schärfste widersetzen.

149 **Appell an unsere sozialistische Schwesterpartei**

150 In diesem Zusammenhang fordern wir unsere Schwesterpartei PASOK (Gesamtgriechische
151 Sozialistische Bewegung) die gerade den Ministerpräsidenten stellt, und eine absolute
152 Mehrheit im Parlament hat auf die Profiteur*innen der Finanzkrise und die Vermögenden
153 stärker zur Finanzierung des griechischen Gemeinwesens heranzuziehen und neoliberale
154 Kürzungsgorgien abzulehnen. Außerdem sollte die PASOK unserer Meinung nach die
155 ausufernden Rüstungsausgaben, die dreimal so hoch wie in Deutschland sind (gemessen am
156 BIP), begrenzen.

157 Wir Jusos solidarisieren uns mit den Protesten der griechischen Bevölkerung gegen unsoziale
158 Sparmaßnahmen, damit die Krise nicht wieder die zahlen, die eh schon zu wenig zum Leben
159 haben, sondern die Verursacher*innen und Profiteur*innen der Krise.

160 Wir verstehen unsere Solidarität mit den Griech*innen und unseren Appell an die PASOK als
161 Hilfe zur Selbsthilfe, denn wir sind die nächsten die „über ihre Verhältnisse“ gelebt haben und
162 deswegen stehen wir als junge Sozialistinnen und Sozialisten an der Seite all derer die von
163 Kürzungen im Sozialbereich und neoliberaler Politik bedroht sind.

164 Wer meint die Griech*innen sollten sich nicht beschweren und protestieren sie bekämen doch
165 Hilfe von Deutschland und Europa, der muss wissen, dass die geplante Milliardenhilfe
166 mitnichten bei der einfachen Bevölkerung ankommt. Dass Deutschland und die EU nun
167 helfen, ist kein Akt der Großzügigkeit. Zum Einen liegen relevante Teile der griechischen
168 Staatsanleihen bei deutschen und europäischen Großbanken. Wenn also Griechenland

169 pleitegehen würde, bekämen viele Banken massive Probleme. Die „Hilfen“ sind also
170 vorrangig erneute Rettungspakete für die Banken. Zum Anderen hätte wohl niemand Interesse
171 daran, den Euro krachen zu lassen, weil dies negative Auswirkungen auf die deutschen
172 Exporte haben würde.

173 **Wege aus der Krise**

174 Wir Jusos und auch die SPD müssen die richtigen Schlüsse aus der Krise ziehen. Dazu gehört
175 die Erkenntnis, dass freie Finanzmärkte gesamtgesellschaftlich extrem negative Folgen haben
176 können. Das Beispiel Griechenland zeigt doch wie das Wohl von 11 Millionen Menschen,
177 und in deren Schlepptau die Bevölkerung des gesamten Euroraumes, auf Grund von
178 Spekulation zur reinen Nebensächlichkeits der kapitalistischen Renditefixierung geworden
179 sind. Für uns als junge Sozialist*innen gilt weiterhin „peoples before profits“. Wir fordern
180 eine sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um die Narrenfreiheit für das
181 Kapital zu beenden, die Vergesellschaftung von Großbanken damit diese die Kosten für die
182 Krise mittragen, die strengere Regulierung des Finanzsektors und die Reform der EZB die
183 nicht mehr allein der Währungsstabilität sondern auch europäischen Wachstum und
184 Wohlstand verpflichtet sein soll.

185 Deutschland muss desweiteren seinen neoliberalen Sonderweg in der Wirtschaftspolitik sofort
186 verlassen. Dazu gehört vor allem eine Wirtschaftspolitik die einseitig auf die Stärkung des
187 Exports setzt, und gegen alle Vernunft in Kauf nimmt das Deutschland dank jahrelang
188 stagnierender oder real sinkender Löhne und einer beispiellosen Ausweitung des
189 Niedriglohnssektors ohne jede Not unter seinen Verhältnissen lebt. Diese Politik nützt nur den
190 Unternehmen und einigen wenigen Superreichen.

191 Diese Politik hat nicht nur zur verschärften Spaltung der Gesellschaft beigetragen sondern
192 auch die Grundfesten der Währungsunion angegriffen. Die deutsche Exportorientierung die,
193 wie die französische Finanzministerin Lagarde richtig erkannt hat, zu einem ruinösen
194 Spaltungsprozess in Europa geführt hat.

195 Die herrschenden Kreise in Wirtschaft und Politik wiesen natürlich die Forderungen unserer
196 europäischen Nachbarn brüskiert zurück, sollen doch diese sparsamer und konkurrenzfähiger
197 werden. Doch wie meistens fehlte den größten Schreihälsen an gesamtwirtschaftlichem
198 Denken, wenn alle Länder sparen und die Binnennachfrage schwächen um ihren Export zu
199 stimulieren wer konsumiert dann noch deutsche Exporte, und noch viel wichtiger wie sähen
200 die sozialen Folgen aus? Uns Jusos ist klar in der EU wird die Vorherrschaft der
201 exportgesteuerten deutschen Industrie und dieses deutschen Geschäftsmodells angestrebt. Das
202 aber ist die Hauptursache für die gegenwärtige europäische Krise.

203 Der Geburtsfehler der EU oder zumindest des Euroraumes ist das für ein derart
204 uneinheitlichen Wirtschaftsraum mit 16 bzw. 27 unterschiedlichen wirtschaftspolitischen
205 Schwerpunkten auf lange Sicht zu einer konkurrenzbedingten Spaltung kommt. Diese
206 Spaltung in wettbewerbsfähige und –unfähige führt zu einer Entsolidarisierung der Nationen
207 und schafft somit Platz für einen neuen wirtschaftlichen Nationalismus der dem
208 Grundgedanken der Völkerverständigung, auf dem die europäische Union gegründet wurde,
209 aufs schärfste widerspricht.

210 Die europäische Sozialdemokratie und die SPD, die schon in ihrem Heidelberger Programm
211 von den „Vereinigten Staaten von Europa“ sprach, muss einsehen das in den Vereinigten

212 Staaten von Amerika niemand auf die Idee käme das alle 50 Einzelstaaten ihre eigene
213 Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik machen sollten.

214 Sprich wir brauchen verbindliche europäische Normen in der Wirtschaftspolitik um eine
215 Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen die in Zukunft extreme
216 Handelsbilanzdiskrepanzen innerhalb der Union beseitigt und damit erst die Voraussetzungen
217 für eine stabile Währungsunion schafft. Eine europäisch koordinierte höhere Besteuerung von
218 Kapitalerträgen und höheren Einkommen, eine europäische Finanztransaktionssteuer und ein
219 Instrument des Finanzausgleichs (analog dem Länderfinanzausgleichs der BRD) gehören für
220 uns Jusos zu den Grundanforderungen an eine soziale EU.

221 **Investieren statt Sparen!**

222 Europa braucht unserer Meinung eine gemeinsame Anstrengung um aus der Krise
223 herauszukommen und die Gerechtigkeitslücke zu schließen. Dazu gehören als wichtigstes
224 Element die stärkere Besteuerung von Wohlhabenden und Unternehmen und ein möglichst
225 europäisch angelegtes Investitionsprogramm. Die Vorschläge vieler Regierungen zu sparen,
226 was praktisch nur noch in den Sozialhaushalten möglich ist, sind nicht nur massiv unsozial,
227 sondern auch unwirtschaftlich da sie Europa in eine tiefe Rezession führen würden!

228 Die deutsche Schuldenbremse verhindert unserer Meinung nach ohne
229 Einkommenssteigerungen wichtige Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Soziales
230 und Ökologie. Deswegen sind wir für eine Konsolidierung des Staathaushaltes ohne eine
231 grundgesetzlich festgeschriebene Schuldenbremse.